

## N I E D E R S C H R I F T

Aufgenommen anlässlich der am Donnerstag, dem 22. März 2018, um 19.05 Uhr am Gemeindeamt Pinkafeld stattgefundenen 2. Sitzung des Gemeinderates.

**Anwesend:** Bürgermeister Mag. Kurt Maczek, der Vizebürgermeister HR Ing. Friedrich Luisser, MAS, die Stadtratsmitglieder Mag.a Brigitte Novosel, OV Ewald Schuh, Horst Franz, die Gemeinderatsmitglieder Klaudia Allerbauer, Mag.a (FH) Patrizia De Lellis-Mejatsch, Mag.a Cornelia Grosinger (bis 20.40 Uhr), Verena Hofer, Sigrid Hoffmann (als Ersatzmitglied), Andrea Horvatits, Mirjam Kayer, Ingrid Kirnbauer, Mag. Adrian Kubat, Michael Lenz, Erich Luif, Jürgen Pfeiffer (als Ersatzmitglied), Mag. Eduard Posch, Mag.a Silke Rois, Wolfgang Schuh, Andreas Stumpf, MA MSc, Thomas Supper und Ing. Franz Unger sowie ARin Martina Stecher als Schriftführerin

Das Fernbleiben von Vizebgm. Franz Rechberger, der Stadträtin KommRin Andrea Gottweis, MSc sowie der Gemeinderatsmitglieder Stefanie Buchegger und Mag.a Lejla Muratovic wurde entschuldigt.

Bgm. Mag. Kurt Maczek begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit der heutigen Sitzung fest und eröffnet dieselbe.

GR Supper nimmt Bezug auf die Abstimmungsmodalität beim Antrag der Neos (Bibliothek/Bücherschrank) in der letzten Gemeinderatssitzung und verweist auf § 38/4 Bgld Gemeindeordnung, der besagt, dass jede Gemeinderatspartei die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes je Gemeinderatssitzung verlangen darf. Bei der letzten Gemeinderatssitzung wurden im Zuge eines Tagesordnungspunktes die beiden Anträge der Neos als ein Antrag betrachtet und es gab hierfür auch nur eine Abstimmung. Möglicherweise war diese Abstimmungsmodalität nicht rechtens, so GR Supper, der auf die Geschäftsordnung des Gemeinderates verweist und des Weiteren ersucht, diesen Sachverhalt rechtlich prüfen zu lassen. Das sei wichtig für künftige Anträge aller Gemeinderatsparteien, so GR Supper.

StRin Mag.a Novosel ergänzt, dass die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes mit mehreren Unterpunkten möglich ist.

Gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 2. Feber 2018 wurde kein Einwand erhoben. Bgm. Mag. Maczek erklärt daher die Niederschrift für genehmigt.

Zur Beglaubigung dieser Niederschrift wurden die Gemeinderätinnen Mag.a Cornelia Grosinger und Sigrid Hoffmann bestimmt.

Bgm. Mag. Maczek beantragt gemäß § 38 Abs. 2 der Bgld. Gemeindeordnung 2003 folgenden Tagesordnungspunkt, der schon im Stadtrat besprochen wurde, nachträglich auf die Tagesordnung zu nehmen:

21. ■■■■■, Verkauf des Grundstücks Nr. ■■■■■ Trennfläche ■ an die Stadtgemeinde Pinkafeld, Kaufvertrag

Dieser wird mit einer Gegenstimme (GR Mag. Posch) abgelehnt. GR Mag. Posch argumentiert seine Ablehnung dahingehend, dass er in der letzten Gemeinderatssitzung darauf hingewiesen hat, der nachträglichen Aufnahme eines Tagesordnungspunktes nur dann zuzustimmen, wenn es eine Terminplanung für die nächsten Sitzungen gibt.

Bgm. Mag. Maczek weist darauf hin, dass die Gemeinderatsmitglieder der ÖVP-, NEOS und Grünen-Fraktion die Einberufung dieser Gemeinderatssitzung gemäß § 36 Abs. 2 der Bgld. Gemeindeordnung mit den Tagesordnungspunkten 2 bis 19 beantragt haben.

GR Mag. Posch ersucht laut Geschäftsordnung um Beantwortung seiner in den Sitzungen vom 13. November 2017, 13. Dezember 2017 und 2. Feber 2018 gestellten Anfrage bezüglich der Zugangsdaten zum „kommunalen Werkzeugkoffer“.

Bgm. Mag. Maczek antwortet, dass beim Gemeindevertreterverband Burgenland nachgefragt wurde und dieser eine negative Antwort gegeben hat, nämlich dass nur die SPÖ-Mitglieder die Login-Daten bekommen.

GR Mag. Posch kritisiert, dass vom Gemeindebudget jährlich € 6.000,— an Mitgliedsbeitrag bezahlt werden und der Gemeindevertreterverband darüber informiert hat, dass es diesen Werkzeugkoffer gibt, aber nun nicht alle Gemeinدمandatare diesen auch nutzen können.

#### **TAGESORDNUNG**

1. Neue Mittelschule Pinkafeld, umfassende Sanierung:
  - a. Ausstellungsflächen, Schauvitriolen und Infotafeln, Ergänzung, Vergabe
  - b. Überprüfung der Sicherheitsbeleuchtungsanlage, Wartungsabkommen, Annahme
2. Planung eines Tischlermuseums
3. Maßnahmen zur Innenstadtbelebung bzw. Pinkafeld Nord
4. Verkauf des Feuerwehrhauses Pinkafeld – Entscheidung
5. Online Amtstafel
6. Kommunalinvestitionsgesetz 2017 – Beantragung von Zweckzuschüssen
7. Bearbeitung und Konsequenzen von Berichten des Prüfungsausschusses
8. Terminplanung der Sitzungen des Stadtrates
9. Terminplanung der Sitzungen des Gemeinderates
10. Straßenbauprogramm 5 Jahresplan
11. Maßnahmen zur Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung
12. Stand der Budgetkonsolidierung 2017
13. Bäume in der NMS
14. Kanalprojekte – „Hochwasserschutz“ – zus. Linearmaßnahmen
15. Förderung für das Gesundheitszentrum Pinkafeld
16. Kinderspielplatz in der Turbagasse
17. Lüftungsanlage für den Turnsaal der NMS
18. Verwertung der ehemaligen ARAL Tankstelle
19. Kunstrasenplatz step – Gästehäuser
20. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung der NEOS Pinkafeld „Bewerbung um die Ernennung zur „Fairtrade-Gemeinde“
21. Allfälliges

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingegangen.

## 1. Neue Mittelschule Pinkafeld, umfassende Sanierung:

---

### a. Ausstellungsflächen, Schauvitrienen und Infotafeln, Ergänzung, Vergabe

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass im Zuge der Sanierung der NMS die Ausstellungsvitrienen entfernt wurden. Die Anschaffung von neuen, dazu passenden Infotafeln wurde bei der Planung nicht berücksichtigt. Der Direktor der NMS ist mit der Bitte an die Gemeinde herangetreten, die Gemeinde möge für Schülerwerk (Zeichnungen, Collagen, Werkstücke, ...) und Auszeichnungen vorerst nur für den Haupttrakt Ausstellungs- und Schauvitrienen bzw. Korktafeln anschaffen. Diese Beauftragung erfolgte in der Sitzung vom 26. Juni 2017. Für die anderen Klassen im Nebentrakt ist auch noch Bedarf. Hier wurde nun nach den Umbauarbeiten der Bedarf erhoben, wobei auch hier die Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein, den Zuschlag bekommen soll:

Vitrienen (1 Stück Informationsvitriene, 2 Stück Ausstellungsvitrienen)

€ 574,99 netto/Stück bzw.

€ 1.110,20 netto/Stück

Korklinol-Stecktafel (5 Stück 200/100 cm, 6 Stück 300/100 cm)

€ 319,74 netto/Stück bzw.

€ 479,61 netto/Stück

Das Gesamtanbot der Fa. Mayr Schulmöbel lautet € 8.726,10 netto.

**Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig, die Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein mit der Lieferung und Montage folgender Vitrienen und Stecktafeln für die Neue Mittelschule zu betrauen:**

Vitrienen (1 Stück Informationsvitriene, 2 Stück Ausstellungsvitrienen)

€ 574,99 netto/Stück bzw.

€ 1.110,20 netto/Stück

Korklinol-Stecktafel (5 Stück 200/100 cm, 6 Stück 300/100 cm)

€ 319,74 netto/Stück bzw.

€ 479,61 netto/Stück

### b. Überprüfung der Sicherheitsbeleuchtungsanlage, Wartungsabkommen, Annahme

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass die Fa. Licht Loidl, Pinkafeld, ein Wartungsabkommen für die Überprüfung der Sicherheitsbeleuchtungsanlage in der NMS zur Genehmigung vorgelegt hat. Die Kosten belaufen sich im Jahr auf € 950,—.

**Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig, mit der Fa. Licht Loidl, Pinkafeld, ein Wartungsabkommen für die Überprüfung der Sicherheitsbeleuchtungsanlage in der Neuen Mittelschule mit jährlichen Kosten von € 950,— zu betrauen.**

## **2. Planung eines Tischlermuseums**

---

GRin Hoffmann teilt mit, dass aufgrund der Sanierungs- und Umbaumaßnahmen und aus Platzgründen das in der Berufsschule untergebrachte Tischlermuseum weichen muss. Der Museumsverein ist dafür, dass dieses im Bereich des Museums am Rathausplatz neu errichtet wird. Das wäre eine Chance, das bestehende Areal zu modernisieren, eine Veranstaltungsstätte zu schaffen und dadurch eine zusätzliche touristische Nutzung zu ermöglichen. Sie fragt an, ob schon Planungsarbeiten erfolgt sind bzw. ob es eine Kostenschätzung mit einem Finanzplan gibt.

Bgm. Mag. Maczek antwortet, dass ihm ein Bebauungsentwurf vorliegt. In einem ersten Gespräch wurden die Kosten mit € 300.000,— geschätzt. Er hat eine Unterstützung seitens der Stadtgemeinde zugesagt, allerdings wird sich diese aufgrund der Neuerrichtung des Feuerwehrhauses im Rahmen halten. Zugesagt hat er auch, dass er beim Land zwecks einer finanziellen Unterstützung vorsprechen wird. Aber vorerst braucht er konkrete Zahlen am Tisch.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS ersucht, dass 1. wenn Zusagen über eine Unterstützung seitens der Gemeinde gemacht werden, dass dann auch dem Verein mitgeteilt wird, wie diese aussieht. 2. Wenn es ein Veranstaltungsgelände geben soll, das in Pinkafeld sehr notwendig wäre, dann ein Diskurs zu führen ist, ob das der richtige Ort ist bzw. wer aller dieses nutzen kann. Dass zu klären, wäre Aufgabe des Gemeinderates, zumindest aber des Vorstandes. Es sollte nicht nur ein Ansinnen geben, dass jemand/etwas unterstützt wird, sondern es sollten konkrete Dinge vereinbart werden. Alles andere ist nicht zielführend.

Bgm. Mag. Maczek erklärt, dass er wissen muss, wieviel das Projekt kostet. Erst dann kann über alles andere weiter diskutiert werden. Er betont, dass die Stadtgemeinde dem Museumsverein immer wieder mit Arbeiten seitens des Bauhofs unterstützt hat.

GRin Kayer ergänzt, dass ihr eine Grobschätzung in der Höhe von € 300.000,— vorliegt, in der auch eine Aufgliederung über Arbeiten und Kosten beinhaltet ist.

Für Bgm. Mag. Maczek gilt zu prüfen, wer dieses Projekt mitfinanziert.

## **3. Maßnahmen zur Innenstadtbelebung bzw. Pinkafeld Nord**

---

GRin Hoffmann teilt mit, dass in Pinkafeld in den letzten Monaten mehrere Geschäfte zugesperrt haben bzw. an den Stadtrand übersiedelt sind. Im Herbst wird auch der NKD von der Innenstadt nach Pinkafeld Nord abwandern. In anderen Städten gibt es schon einen Gegentrend, vor allem weil Gemeinden bereit sind Aktivitäten zu setzen. Sie fragt an, ob es in Pinkafeld Maßnahmen gibt, die gesetzt werden, um die Innenstadt zu beleben? Wie werden die Betriebe unterstützt, der Kirtag oder der Bauernmarkt?

Bgm. Mag. Maczek stellt richtig, dass nicht mehrere Firmen abgewandert sind, sondern nur der BIPA. Der Grund dafür waren die Ergebnisse einer Kundenbefragung. Vielen Kunden waren mit dem Standort in der Hauptstraße unzufrieden, weil es dort zu wenige Parkplätze gab, diese nicht behindertengerecht war, weil nicht das gesamte Sortiment angeboten wurde etc. Er hat versucht, den Standort dort zu halten, allerdings hat der Konzern gesagt, entweder Pinkafeld Nord oder ganz weg von Pinkafeld.

Weiters teilt Bgm. Mag. Maczek mit, dass auf Vorschlag von StRin KommRin Gottweis, MSc der Stadtrat in seiner Sitzung vom 23. Jänner 2018 die Fa. Gut & Co über eine schriftliche Sonderauswertung mit Kaufkraftanalyse für Pinkafeld beauftragt hat. Die Kennzahlen daraus sind vielseitig verwendbar und eignen sich sowohl für eine fachliche Standorteinschätzung als auch zur Planung zukünftiger Entwicklungsprojekte und –prozesse.

Am Dienstag, den 24. April 2018 findet um 19.00 Uhr im Rathaussaal eine Präsentation durch die Fa. Gut & Co statt. Eine Einladung an alle PinkafelderInnen ist in der April-Ausgabe der „Stadtinfo“ veröffentlicht. Auch sind alle Gemeinderatsmitglieder dazu herzlich eingeladen.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS befürwortet die Beauftragung zur Analyse. Er bittet den Bürgermeister um Auskunft, was beim Gewerbegebiet Pinkafeld-Nord passiert. Welche Firmen kommen wohin, welche bleiben? Angeblich soll neben dem BIPA auch ein Billa und ein Merkur-Markt kommen. Der Billa neben dem GH Weninger soll hinaufkommen zum BIPA neben dem Hofer-Markt, weiter nördlicher ein Merkur-Markt. Der Penny in der Kreuzgasse soll sich in der Wiener Straße, wo jetzt der Billa ist, niederlassen. Das sind weitreichende Folgende für den Ortskern, und die Leidtragenden bei dieser Abwanderung ist die ältere Bevölkerung. Es gibt einige positive Beispiele, wo mittels Ideen wieder Leben in die Innenstadt zurückkehrt – wie z. B. in Mattersburg. Er betont, dass er hier niemanden anklagen möchte, er sieht dies als eine Aufforderung sich gedanklich mit dem Thema auseinander zu setzen.

GRin Kayer teilt mit, dass sie mit einigen Pinkafeldern Gespräche geführt hat und diese es sehr schade finden, dass der BIPA nicht mehr in der Stadt ist. Sie glaubt, dass das Bewusstsein wieder zurückkehrt, im Ort einkaufen zu wollen. Dadurch würde auch wieder der Ort belebt werden. Eine Abwanderung ist demnach kontraproduktiv. Bei dieser Gelegenheit lädt sie alle Anwesenden zum Ostermarkt am Marktplatz ein, der gemeinsam mit dem Bauernmarkt stattfindet und von den Grünen organisiert wird.

GR Stumpf, MA MSc verweist auf das vom Gemeinderat beschlossene örtliche Entwicklungskonzept, in welchem festgehalten ist, dass für die Innenstadt keine Maßnahmen notwendig bzw. vorgesehen sind. Seiner Meinung nach ist es sinnvoll, dass man dieses Konzept unter den vorhin erwähnten Gesichtspunkten prüft und sich mit mittel- und langfristigen Planungen auf Ebene des Gemeinderates auseinandersetzt.

StRin Mag.a Novosel stimmt zu, dass man sich das ÖEK ständig herholen und anschauen sollte. Es wurde vor einigen Jahren beschlossen, damals war das Thema Abwanderung noch nicht schlagend.

GR Stumpf, MA MSc möchte daher einen Antrag stellen, der Gemeinderat möge beschließen, dass das örtliche Entwicklungskonzept auf Basis der letztgültigen Fassung, ehebaldigst aber spätestens bis zum Ende des 1. Halbjahres 2018 einer Überarbeitung zugeführt wird.

StRin Mag.a Novosel erscheint der Zeitraum zu knapp gesehen, da eine Grundlagenforschung seine Zeit braucht.

GR Stumpf, MA MSc erklärt, dass das Konzept nicht bis Ende Juni 2018 fertig sein muss, es aber bis dahin eine Initialisierung einer Neufassung in Angriff genommen wurde.

**Auf Antrag von GR Stumpf, MA MSc beschließt der Gemeinderat einstimmig, mit der Überarbeitung des örtlichen Entwicklungskonzeptes auf Basis der letztgültigen Fassung, ehebaldigst aber spätestens bis zum Ende Juni 2018 zu starten.**

Bgm. Mag. Maczek – Pinkafeld-Nord erklärt, dass die Fa. REWE geplant hat, einen Merkur-Markt in der Wiener Straße hinzubauen. Mittlerweile gibt es aber österreichweit für die Großmärkte eine Norm bezüglich Mindestgröße der Verkaufsfläche – nämlich 1.200 m<sup>2</sup>. Billa überlegt schon seit geraumer Zeit in dieser Größenordnung eine Filiale zu errichten. Momentan wird innerhalb des Konzerns diskutiert, ob man Billa neben BIPA und Merkur hinbringt, hier gibt es noch keine Entscheidung. Natürlich ist allen bewusst, dass die Innenstadt belebt gehört, und es werden auch dementsprechend Initiativen ergriffen. Auch andere Städte kämpfen mit dem Sterben der Innenstadt. Es handelt sich hier sicher um ein Phänomen der Zeit.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS meint, dass sich der Landtag mit diesem Thema befassen muss. In Niederösterreich gibt es die Regelung, dass wenn ein Großmarkt irgendwo an die Peripherie geht, er trotzdem mit einem gewissen Sortiment im Ort bleiben muss. So etwas könnte man im Burgenland auch andenken, hier geht es wirklich um die Versorgung der älteren Personen, die nicht mehr einkaufen gehen können. Auf diese müssen wir schauen. Die Frequenz muss wieder in den Ort gebracht werden.

Laut GR Mag. Posch zeigt die Diskussion, dass das Thema ein umfassendes ist. Ergänzend zu dem, was schon beschlossen wurde, möchte er folgende zwei Anträge einbringen:

1. Der Gemeinderat beschließt die Errichtung eines Beirates für Stadtentwicklung und Stadtplanung (Stadtentwicklungsbeirat) der Stadt Pinkafeld. Der Beirat ist ein interdisziplinärer Kreis von Menschen mit besonderem Interesse an der positiven Stadtentwicklung. Die Mitglieder des Beirates agieren ehrenamtlich.
2. Eine Arbeitsgruppe soll bis Ende Juni 2018 Vorschläge für eine Geschäftsordnung des Beirates über Zielesetzung, Aufgaben, Zusammensetzung, Arbeitsweise, etc. erarbeiten. Bis Ende August 2018 soll der Gemeinderat eine Geschäftsordnung beschließen. Bis Ende Oktober 2018 soll sich der Stadtentwicklungsbeirat konstituiert haben.

Er begründet seine Anträge wie folgt:

Wir brauchen jemanden, der sich um die Innenstadt kümmert. Aber nicht nur um die Innenstadt, wie auch nachfolgende Tagesordnungspunkte dieser Gemeinderatssitzung noch zeigen. Es geht darum, die gesamte Stadtentwicklung in all seinen Bereichen und Facetten gezielt und umfassend zu planen und Maßnahmen umzusetzen. Und das unter Einbindung der interessierten Bürger\_innen.

Mit großem Aufwand und viel Engagement von Bürger\_innen der Stadt sowie unter Verwendung von Steuergeldern wurde vom September 2011 bis Juli 2012 an einem Leitbild und Zukunftsprofil der Stadtgemeinde Pinkafeld gearbeitet. Dieses wurde auch vom Gemeinderat beschlossen und hat somit Verbindlichkeit erlangt. Es wurden Strategie und Leitziele festgelegt sowie Projektideen entwickelt. Dieser Schatz an wertvoller Arbeit muss gehoben werden und in der Stadtpolitik seinen Niederschlag finden. Das beschlossene Leitbild muss umgesetzt werden, sonst war die ganze Arbeit von dem Dorferneuerungsprojekt „pinkafeld.neu“ umsonst. Ein Stadtentwicklungsbeirat ist eine Fortführung dieser Arbeit und ein adäquates Instrumentarium zur Planung und Steuerung.

Auf die Frage von StRin Mag.a Novosel hin, wer in diesem Beirat drinnen sein soll, erklärt GR Mag. Posch, dass das Aufgabe einer Geschäftsordnung wäre diesen zu besetzen. Dabei sein könnten Vertreter der Gemeinderatsparteien, Experten, interessierte Bürger, usw. Es sollte ein Gremium geschaffen werden, das außerhalb des Gemeinderates Interessierte in einen Arbeitsprozess einbindet. So wie das bei „pinkafeld.neu“ angedacht und niedergeschrieben ist.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS verweist auf den vorhin gefassten Beschluss, dass sich der Gemeinderat mit diesem Thema beschäftigen wird. Er glaubt, dass die Präsentation über die Erkenntnisse zur Kaufkraftanalyse verschiedene Dinge ergeben wird. Weshalb er findet, dass diese abgewartet werden sollte. Er findet es nicht sinnvoll, wenn schon jetzt ein Riesengremium eingerichtet wird, das letztendlich nicht weiß, was zu tun ist. Deshalb empfiehlt er einen Schritt nach dem anderen zu setzen und die Präsentation abzuwarten.

GR Mag. Posch erklärt, dass der Beirat kein Ausschuss sein sollte, sondern ein Gremium, eine Gruppe, die das Potential auch außerhalb des Gemeinderates nutzt und Expertise einholt. Er zieht seine Anträge wieder zurück. Er wird eine Geschäftsordnung selber erarbeiten und diese im Gemeinderat präsentieren. Jeder, der mitarbeiten möchte, ist eingeladen sich bei ihm zu melden.

#### **4. Verkauf des Feuerwehrhauses Pinkafeld – Entscheidung**

---

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass der Stadtrat zuletzt in seiner Sitzung vom 20. März 2018 über diesen Tagesordnungspunkt beraten hat. Er weist darauf hin, dass den drei Anbietern (Drexler, OSG und Ulreich) schriftlich die Möglichkeit eingeräumt wurde, ihr gelegtes Anbot nachzubessern, weil es verschiedene Auffassungen gegeben hat. Die Fa. Drexler und die OSG haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Von der Fa. Ulreich gab es keine Antwort.

	Anbotspreis brutto	Anmerkungen
<b>OSG</b>	€ 850.000,—	zuzüglich offenes Wohnbaudarlehen, bis zur Fertigstellung des neuen Feuerwehrhauses wird für die FF kein Mietentgelt verlangt
<b>Vermietungsgemeinschaft Drexler</b>	€ 790.000,—	zuzüglich offenes Wohnbaudarlehen, bis zur Fertigstellung des neuen Feuerwehrhauses wird für die FF kein Mietentgelt verlangt

Bgm. Mag. Maczek teilt mit, dass die Vermietungsgemeinschaft Drexler zur Belebung der Innenstadt beim Feuerwehrhaus Büroräumlichkeiten plant. Nach Rücksprache mit dem Geschäftsführer der OSG hat dieser betont, dass auch diese im Gebäude Büros, Geschäfte und Ordinationen vorsieht. Die SPÖ ist der Meinung, dass die OSG Bestbieter ist und deshalb ihr auch der Zuschlag gegeben werden soll. Es wurde auch zugesichert, dass die bestehenden Mietverträge übernommen werden. Auch hat die Geschäftsführung zugesagt bei einer Zusage, das marode Arbeiterhaus zu kaufen.

GR Supper fragt an, ob der Verkauf des Arbeiterhauses an den Verkauf des Feuerwehrhauses gebunden ist bzw. umgekehrt.

Bgm. Mag. Maczek verneint dies. Die OSG würde das Arbeiterhaus kaufen, allerdings nur gemeinsam mit dem Feuerwehrhaus.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS erklärt zum wiederholten Male, dass es ihm am liebsten wäre das Feuerwehrhaus gar nicht zu verkaufen. Das Haus befindet sich mitten in der Stadt, ein Platz, der ganz wichtig werden kann und wichtig ist. Aus ÖVP-Sicht hat die Mietergemeinschaft Drexler ein schlüssiges Konzept vorgelegt, das auch Kooperationen in der Platzgestaltung und mit der Stadtgemeinde in Aussicht stellt. Er hält den Platz des FF-Hauses für Wohnungen als ungeeignet, außer den bereits bestehenden. Ein Problem ist u. a. die Parkplatzsituation. Solche Entscheidungen darf man nicht an einigen Tausend Euro anschließen, sondern hier muss die Stadtentwicklung im Vordergrund stehen. Es gefällt ihm auch nicht die Verquickung mit irgendeinem anderen Objekt. Die Entscheidung über den Verkauf wurde schon zu lange hergeschoben, weshalb er ersucht, dass die Vermietungsgemeinschaft Drexler für dieses Objekt den Zuschlag erhält.

GR Mag. Posch fragt sich, warum der Verkauf die längste Zeit aufgeschoben wurde. Auch für ihn ist das Argument, dass bei einem Verkauf an die OSG das Arbeiterhaus mitgekauft wird, eine unzulässige Verquickung, was in der ganzen Diskussion völlig irrelevant ist. Er fasst zusammen: Im Mai 2017 hat es eine Ausschreibung gegeben, wo es um 4 Liegenschaften gegangen ist – FF-Haus, Beamtenhaus, Fläche bei der Turbakaserne und Arbeiterhaus. Für drei Objekte wurden Angebote abgegeben, für das Arbeiterhaus nicht. Jetzt das ins Treffen zu führen, findet er sehr eigenartig. Stadtentwicklung, Entwicklungskonzept und Innenstadtbelebung sind wichtige Themen über die vorhin gesprochen wurde. Unter diesem Gesichtspunkt steigt die zukünftige Bedeutung des Feuerwehrhauses mitten im Zentrum. Die Vermietungsgemeinschaft Drexler hat im Juni 2017 ein sehr schlüssiges und innovatives Konzept vorgelegt. Er bedauert, dass der Gemeinderat bis dato nicht über dieses informiert wurde und liest es nun auszugsweise vor (*Anlage A*). GR Mag. Posch findet es fahrlässig, wenn der Gemeinderat diese Chance nicht nutzt, mitten im Ort so ein innovatives Zentrum zu bekommen, das neue Arbeitsplätze schafft und interessante Verbindungen zur FH bietet.

StR Franz findet das Konzept der Vermietungsgemeinschaft Drexler hochinteressant und hochinnovativ, aber seiner Meinung nach ist es Spekulation. Die Gemeinde hat sich dazu entschlossen, ein neues Feuerwehrhaus zu bauen und jetzt steht sie vor der Herausforderung dieses zu finanzieren. Er hält somit den Ansatz, dass die Gemeinde beim Verkauf an die OSG mehr Geld erhält, legitim und als klaren Vorteil.

GR Stumpf, MA MSc kritisiert, dass obwohl die Thematik bereits im Mai 2017 begonnen hat, die Informationen dazu im Gemeinderat sehr spärlich waren. Er ersucht den Bürgermeister um die Nennung der weiteren Angebote bzw. des Meistbieters.

Bgm. Mag. Maczek antwortet, dass die Fa. Ulreich mit € 1,0 Mio. ursprünglich der Meistbieter war. Allerdings war in dieser Angebotssumme die Übernahme des aushaftenden Wohnbaudarlehens nicht enthalten. Außerdem hat Herr Ulreich mitgeteilt, dass er für den Verbleib der FF bis zur Errichtung des neuen Feuerwehrhauses eine monatliche Miete von € 7.000,— verlangen wird. In der Ausschreibung war klar formuliert, dass das Darlehen zu



berücksichtigen ist und dass die FF zu den gleichen Konditionen drinnen bleiben kann wie bisher, nämlich kostenlos.

StRin Mag.a Novosel ergänzt, dass die Gemeinde keine Schlechterstellung eines einzelnen Bieters wollte und deshalb alle nochmals zur Anbotserneuerung eingeladen hat.

GR Stumpf, MA MSc stellt fest, dass das Meistgebot bei € 1,0 Mio. liegt, dass es mehrere Ausschreibungsverfahren und Nachverhandlungen gegeben hat. Weiters gibt es eine Empfehlung, dass die OSG die Meistbieterin ist – mit der Prämisse, dass diese auch das Arbeiterhaus abkauft, wenn sie den Zuschlag für das FF-Haus erhält.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS stellt klar, dass bei der ersten Ausschreibung die Fa. Ulreich der Meistbieter war. Allerdings wurde im Anbot nicht hineingeschrieben, dass die € 95.000,— für das aushaftende Wohnbaurdarlehen darin inkludiert sind, was auch seiner Meinung nach in der Ausschreibung nicht klar herübergekommen ist. Die Vorgangsweise danach war unprofessionell. Wenn es – so wie von StR Franz vorhin gesagt – um die Höhe des Betrages geht, dann hätte schon längst die Fa. Ulreich den Zuschlag bekommen müssen. Die OSG hat € 945.000,— und die Fa. Ulreich € 1,0 Mio. geboten. Für ihn ist es unverständlich, dass die Differenz in die Richtung gerechnet wird, die Differenz zur Vermietungsgemeinschaft Drexler aber nicht. Von den einen Anbieter gibt es kein Konzept, der andere hat den Gemeinderat informiert, was er vorhat. Dem einen glauben wir nicht, der mit dem Bürgermeister spricht ist seriös. So kann es wohl nicht sein.

StR Franz fragt Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS, ob er in seinen Ausführungen das Konzept der Bietergemeinschaft Drexler in irgendeiner Art und Weise als nicht seriös bezeichnet hat.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS verneint dies.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS kritisiert, dass mit Herrn Ulreich weder nachverhandelt noch weitere Gespräche geführt wurden.

StRin Mag.a Novosel meint, dass das Angebot der Familie Drexler ein gutes ist, jedoch der Preis der OSG ein besserer ist. Ihr Vorschlag wäre, dass auch die OSG ein Nutzungskonzept vorlegt und dann zu vergleichen.

GR Mag. Posch merkt an, dass beim Verkauf des Kasernengeländes nicht die OSG der Meistbieter war, aber den Zuschlag bekommen hat. Jetzt ist es gerade umgekehrt.

Bgm. Mag. Maczek antwortet, dass es einen weiteren Anbieter gegeben hat, der aber kein schlüssiges Konzept vorgelegt hat.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS erklärt, dass es beim Verkauf des Kasernengeländes drei Anbieter gegeben hat, die OSG das niedrigste Gebot gelegt und dann auch nachgebessert hat. Mit den anderen wurde nicht nachverhandelt.

GRin Kayer ist der Meinung, dass man zukunftsorientiert planen und handeln sollte, das heißt auf die nächsten 10 bis 20 Jahre. Das Konzept der Vermietungsgemeinschaft Drexler klingt zukunftsorientiert, weshalb sie dieses auch passender findet.

**Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS stellt den Antrag, dass die Vermietungsgemeinschaft Drexler den Zuschlag für den Kauf des Feuerwehrhauses bekommen soll. Dieser wird mit Stimmenmehrheit (10 Ja-Stimmen – [REDACTED], 12 Nein-Stimmen – [REDACTED] und 1 Stimmenthaltung – [REDACTED]) abgelehnt.**

GR Mag. Posch fragt nach, wie es nun weitergeht und ob die OSG – wie vorgeschlagen – auch ein Nutzungskonzept vorlegen wird.

## **5. Online Amtstafel**

---

Bgm. Mag. Maczek übergibt das Wort an GR Mag. Posch und dieser stellt folgenden Antrag:

Bis spätestens Ende April 2018 wird auf der Homepage der Stadtgemeinde eine Rubrik „Amtstafel“ eingerichtet. Dieser Bereich entspricht der Anschlagtafel beim Rathaus und ist Teil der ortsüblichen Kundmachung.

### **Begründung:**

Die Bürger\_innen haben ein Recht darauf, dass Ihnen die zustehenden Informationen leicht zugänglich zur Verfügung gestellt werden. Das ist heute nach dem Stand der Technik und Praxis auch im Internet. Viele Gemeinden – wie zum Beispiel Oberwart – bieten ihren Bürger\_innen schon dieses Service.

Bgm. Mag. Maczek weist darauf hin, dass es seit ca. drei Wochen bereits diesen online Service auf der homepage der Stadtgemeinde Pinkafeld gibt.

**Auf Antrag von GR Mag. Posch beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass bis spätestens Ende April 2018 auf der Homepage der Stadtgemeinde eine Rubrik „Amtstafel“ eingerichtet wird. Dieser Bereich entspricht der Anschlagtafel beim Rathaus und ist Teil der ortsüblichen Kundmachung.**

## **6. Kommunalinvestitionsgesetz 2017 – Beantragung von Zweckzuschüssen**

---

Bgm. Mag. Maczek übergibt das Wort an GR Mag. Posch und dieser stellt folgenden Antrag:

Die Stadtgemeinde Pinkafeld beantragt den Zweckzuschusses gemäß Kommunalinvestitionsgesetzes 2017 in der Höhe von € 103.846,—. Der Antrag muss bis spätestens 30. Juni 2018 eingebracht werden, wobei dieser mängelfrei und vollständig mit Unterlagen belegt bei der Buchhaltungsagentur des Bundes einzubringen ist.

Bgm. Mag. Maczek erklärt dazu, dass der Antrag bezüglich eines Zweckzuschusses für die Errichtung des Feuerwehrhauses bereits eingereicht wurde.

GR Mag. Posch weist darauf hin, dass diese Beantragung nicht ordnungsgemäß sein kann, da das vorgegebene Formular Punkte enthält, die im Gemeinderat noch nicht beschlossen wurden, wie

z. B. Kostenplan und Finanzierungsplan. Zum letzteren gab es in der Sitzung vom 12. Dezember 2017 dahingehend einen einstimmigen Beschluss, dass dem Gemeinderat ein Finanzierungskonzept bei der nächsten Gemeinderatssitzung vorgelegt wird. Was aber bis dato nicht passiert ist.

Bgm. Mag. Maczek verweist auf interne Besprechungen mit der Feuerwehr, wo aufgrund der erfolgten Ausschreibungen die Kosten erhoben wurden bzw. auch ein vorläufiger Finanzierungsplan besprochen wurde. Diese Zahlen sind im Antrag drinnen.

GR Mag. Posch kritisiert, dass die Vorgangsweise ein Vorgriff ist, von dem der Gemeinderat nichts weiß.

StRin Mag.a Novosel ergänzt dazu, dass der Gemeinderat beschlossen hat, dass seitens der Stadtgemeinde für die Finanzierung des neuen Feuerwehrhauses € 2,5 Mio. ausgegeben werden. Sie führt weiters aus, dass es eine Besprechung mit der Feuerwehr gegeben hat, wo der FF-Kommandant gemeint hat, man möge sich einmal erkundigen, wie es aussieht, ob man nicht eine Förderung aufgrund des Kommunalinvestitionsprogrammes erhält. Die Amtsleitung hat die Buchhaltungsagentur des Bundes kontaktiert, wo ihr gesagt wurde, dass eine Fördermöglichkeit besteht. Um kein Geld zu verlieren, wurde dieser Schritt gesetzt.

GR Mag. Posch bezweifelt die Richtigkeit und verweist auf den Beschluss vom 12. Dezember 2017.

StRin Mag.a Novosel erklärt, dass der Beschluss über die € 2,5 Mio. bereits am 23. August 2017 gefasst wurde.

Die Amtsleiterin verliest diesen wie folgt:

„Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig, dieser neuen Planung mit erweitertem Schulungsraum inkl. Kostenvoranschläge mit der Auflage der Beibehaltung des veranschlagten Budgets mit € 2,5 Mio. zuzustimmen, wobei die FF zugesagt hat, zusätzliche Gelder selbst aufzustellen.“

Bgm. Mag. Maczek teilt weiters mit, dass jene Summen in den Antrag geschrieben wurden, die auch tatsächlich zugesichert wurden, beispielsweise seitens des Landeshauptmannes bzw. des Landesfeuerwehrkommandos.

StRin Mag.a Novosel weist darauf hin, dass es den Finanzierungsplan schon längst geben würde, aber noch fehlt ein Betrag zwischen dem, was die Gemeinde bereit ist aufzustellen und dem was die Feuerwehr noch aufbringen muss. Es gab einige Besprechungen mit der Feuerwehr, um eine Lösung herbeizuführen.

GR Mag. Posch betont, dass der Antrag bis spätestens 30. Juni 2018 mängelfrei eingereicht werden muss.

Bgm. Mag. Maczek antwortet, dass sobald es einen endgültigen Finanzierungsplan gibt, dieser nachgereicht wird.

StRin Mag.a Novosel erklärt, dass ein mangelhafter Antrag nachgebessert werden kann.

StR Franz unterstreicht, dass alles versucht wird, um den fehlenden Betrag zu minimieren. Es wird versucht Förderungen zu bekommen, es wird versucht gemeinsam mit der Feuerwehr Gelder aufzustellen, um das Projekt umzusetzen. Diverse Rechtsinterpretationen sind hier nicht hilfreich und es fehlt ihm an Lösungsorientiertheit.

GR Mag. Posch stellt folgenden Antrag:

**Die Stadtgemeinde Pinkafeld beantragt den Zweckzuschuss gemäß Kommunalinvestitionsgesetz 2017 in der Höhe von € 103.846,—. Der Antrag muss bis spätestens 30. Juni 2018 eingebracht werden, wobei dieser mängelfrei und vollständig mit Unterlagen belegt bei der Buchhaltungsagentur des Bundes einzubringen ist.**

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bgm. Mag. Maczek ergänzt, dass sollten sich zum bereits eingereichten Antrag Änderungen ergeben, diese nachgereicht werden.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS weist darauf hin, dass er bereits nach Bekanntgabe des Förderprogramms im Vorjahr der Stadtgemeinde einen Brief geschrieben hat, den Zweckzuschuss für die Feuerwehr zu verwenden.

## **7. Bearbeitung und Konsequenzen von Berichten des Prüfungsausschusses**

---

Bgm. Mag. Maczek übergibt das Wort an GR Mag. Posch und dieser stellt folgenden Antrag:

Spätestens nach 6 Monaten eines Berichtes des Prüfungsausschusses im Gemeinderat gibt der Bürgermeister einen Bericht über die Konsequenzen bzw. den Stand der Bearbeitung der angesprochenen Themen, Feststellungen, Fragen und Empfehlungen.

### **Begründung:**

Der Prüfungsausschuss des Gemeinderates – in der Zusammensetzung von SPÖ, ÖVP und FPÖ - hat in der Vergangenheit sehr professionell und konstruktiv gearbeitet. Dies ist aus den Protokollen und der Zusammenfassung des Prüfungsausschusses ersichtlich. Ebenso ersichtlich ist, dass in weiterer Folge der Gemeinderat kaum bzw. gar nicht über die Konsequenzen und weitere Bearbeitung informiert wurde.

Diese Vorgangsweise ist nicht zielführend und schon gar nicht transparent. Die laufende Berichterstattung über die Konsequenzen der Prüfberichte des Prüfungsausschusses ist wünschenswert.

GR Stumpf, MA MSc teilt mit, dass die Protokolle über die Sitzungen in der darauffolgenden Gemeinderatssitzung verlesen werden. Sie liegen auch am Stadtamt auf. Zusätzlich gibt es eine Zusammenfassung über die Feststellungen des Prüfungsausschusses der abgelaufenen Periode.

Auf Rückfrage von StRin Mag.a Novosel, wie die Arbeit des Prüfungsausschusses aussieht, gibt GR Stumpf, MA MSc einen kurzen Überblick darüber – von Einladung, Abhaltung der Sitzung bis zum Ausschicken des Protokolls.

StRin Mag.a Novosel erkundigt sich, ob auch eine Stellungnahme des Bürgermeisters oder des Kassiers eingeholt wird.

GR Stumpf, MA MSc antwortet, dass es bis dato keine gegeben hat. Er zitiert aus der Gemeindeordnung „Vor der Vorlage des Prüfungsausschussberichts bzw. des Minderheitsberichts an den Gemeinderat ist dem Bürgermeister und dem Kassensführer (Gemeindekassier) Gelegenheit zu geben innerhalb von zwei Wochen eine schriftliche Äußerung abzugeben. Die Äußerung ist dem Bericht anzuschließen.“ Demnach sieht er keine Verpflichtung zur Aufforderung einer Stellungnahme.

GR Mag. Posch stellt den Antrag wie folgt:

**Spätestens nach 6 Monaten eines Berichtes des Prüfungsausschusses im Gemeinderat gibt der Bürgermeister einen Bericht über die Konsequenzen bzw. den Stand der Bearbeitung der angesprochenen Themen, Feststellungen, Fragen und Empfehlungen.**

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

## **8. Terminplanung der Sitzungen des Stadtrates**

---

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS stellt den Antrag, dass der Stadtrat monatlich eine Sitzung macht – nämlich jeden 2. Mittwoch eines jeden Monats.

Bgm. Mag. Maczek erklärt, dass für ihn einmal im Monat geht, allerdings kann er einem fixen Wochentag nicht zustimmen. Auch für StRin Mag.a Novosel geht aufgrund ihrer beruflichen Abendtermine kein fixer Tag.

**Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS stellt den Antrag, dass der Stadtrat monatlich am 2. Mittwoch eine Sitzung abhält. Dieser wird mit Stimmenmehrheit (9 Ja-Stimmen – [REDACTED]), 12 Nein-Stimmen ([REDACTED]) und 2 Stimmenthaltungen ([REDACTED]) abgelehnt.**

## **9. Terminplanung der Sitzungen des Gemeinderates**

---

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS schlägt vor, dass der Gemeinderat alle zwei Monate einen Sitzungstermin hat und auch hier wäre ein Tag, den jeder wählen kann vielleicht von Nutzen. Die Leute sollen sich darauf einstellen können, wann der Gemeinderat tagt.

**Auf Antrag von Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS beschließt der Gemeinderat einstimmig, alle zwei Monate am Freitag eine Sitzung abzuhalten.**

Ergänzend hält er fest, dass die nächsten Termine in Absprache mit der Amtsleitung fixiert werden sollen.

## 10. Straßenbauprogramm 5 Jahresplan

---

GR Stumpf, MA MSc berichtet, dass aufgrund des strengen Winters allmählich die Auswirkungen sichtbar werden. An vielen Stellen gibt es Frostaufbrüche und einige Straßenzüge daher sanierungsbedürftig. Aus Sicht der ÖVP ist das Problem nur mit einer mittelfristigen Planung zu bewältigen. Dazu braucht es eine Bestandsaufnahme des Straßenzustandes über das gesamte Gemeindegebiet. Danach wird ein 5 Jahresplan erstellt. Er führt zwei Beispiele an, die dringend zu sanieren sind – die Bruckgasse im Bereich der Kreuzung Schmiedgasse und den Mühlbachweg beim Sportplatz bzw. im Bereich der Zahnarztordination. Auch wenn der finanzielle Spielraum eingeschränkt ist, ist es umso wichtiger der Bevölkerung zu vermitteln, dass eine Planung erfolgt.

StRin Mag.a Novosel teilt mit, dass eine Straßenplanung im Verkehrsausschuss mehrfach schon behandelt wurde und sich die Mitglieder auch darüber einig sind, dass es einen Plan braucht. Weiters erklärt sie, dass sie mit dem zuständigen Mitarbeiter im Stadtamt darüber gesprochen hat, und dieser ihr zu bedenken gibt, dass der Leitungskataster noch nicht fertig ist. Der Zustand der Wasser- und Kanalleitungen ist noch zu erheben, erst dann kann der Handlungsbedarf festgestellt werden.

GR Stumpf, MA MSc erwidert, dass schon in der abgelaufenen Periode darüber diskutiert wurde. Er ist der Meinung, dass ein Stichtag genannt werden muss, um dann auf Grundlage der verfügbaren Unterlagen einen Plan zu erstellen. Ihm geht es jetzt darum, zeitnah Bestandsaufnahmen für Planungen zu machen.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS gibt StRin Mag.a Novosel Recht, dass das Wissen um die Unterbauten wichtig ist. Aber das Thema mit dem nicht fertigen Leitungskataster ist seit Jahren bekannt. Er weist darauf hin, dass es einige Straßenstellen mit brüchigem Asphalt gibt. Eine hohe Gefahrenquelle für Radfahrer. Er möchte nicht, dass im Falle eines Unfalles Bauhofmitarbeiter zur Verantwortung gezogen werden, weil diese das Loch nicht ausgebessert haben.

Bgm. Mag. Maczek befürwortet eine 5 Jahresplanung. Er fügt dazu, dass es in Pinkafeld Kanäle gibt, die irgendwann einmal gebaut worden sind, die aber nirgendwo eingetragen sind und von denen keiner etwas weiß.

GR Mag. Posch unterstützt die Erstellung einer Planung. Er fügt hinzu, dass nicht nur die unter der Straße befindliche Wasser- und Kanalleitung entscheidend sein darf, sondern auch der Zustand, die Frequenz und die Bedeutung für die Allgemeinheit.

**Auf Antrag von Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS beschließt der Gemeinderat einstimmig, bis zur Sitzung im Juni 2018 einen 5 Jahresplan für die Straßen zu erstellen.**

## 11. Maßnahmen zur Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung

---

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS verweist auf die Maßnahmen zur Verkehrssicherheit in Kemetten. Dort gibt es keine Zebrastreifen, dafür aber bei Übergängen an den neuralgischen Punkten eine dementsprechende Beleuchtung. Des Weiteren ersucht er, dass sich die Gemeinde um Verkehrsberuhigung in der Wiener Straße und in der Ing. Julius Raab-Straße bemühen sollte. Bei den Abfahrten der A2 gibt es zwar die Hinweistafeln für LKW „Nur Ziel- und Quellverkehr“,

allerdings wird das immer wieder ignoriert und die Lastautos donnern durch Pinkafeld. Dieses Problem kriegt man nur in den Griff, wenn die Polizei entsprechende Kontrollen macht. Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS ersucht den Bürgermeister dahingehend Einfluss zu nehmen und dass dieser in der Juni-Gemeinderatssitzung darüber berichtet, was passiert ist bzw. was zu tun ist, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Bgm. Mag. Maczek wird mit der Polizei Kontakt aufnehmen. Weiters teilt er mit, dass bei der Einfahrt in der Steinriegelstraße verkehrsberuhigende Maßnahmen gesetzt werden und eine fixe Radarstation hingestellt wird.

## **12. Stand der Budgetkonsolidierung 2017**

---

Bgm. Mag. Maczek teilt mit, dass im Zuge des Rechnungsabschlusses 2017 der mit der Konsolidierung beauftragte Steuerberater bei der nächsten Gemeinderatssitzung anwesend sein wird und für Auskünfte zur Verfügung steht.

GRin Mag.a (FH) De Lellis-Mejatsch weist darauf hin, dass im Jahr 2016 beschlossen wurde, dass zum Konsolidierungsplan zwei Mal im Jahr ein controlling gemacht wird, was aber bis jetzt nicht passierte. Dabei sollten Fragen wie – wo stehen wir und was tun wir weiter? – geklärt werden.

StRin Mag.a Novosel antwortet, dass es im Jahr 2017 ein controlling gab, welches von ihr im Gemeinderat vorgetragen wurde. Diesmal wird der Steuerberater der Gemeinde das controlling präsentieren. Der Rechnungsabschluss bietet hier die dementsprechende Grundlage.

## **13. Bäume in der NMS**

---

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS weist darauf hin, dass im Stadtrat die Schlägerungen im Schlosspark beschlossen wurde.

GR Supper fragt nach, ob es Nachpflanzungen geben wird.

Bgm. Mag. Maczek antwortet, dass dies geplant wird und daneben wird es auch noch ein Projekt geben, über das GR Mag. Kubat berichten wird.

GRin Kayer würde sich wünschen, dass im Schlosspark eine Art essbarer Bereich entsteht, indem eventuell Edelkastanien gepflanzt werden, deren Früchte die Bevölkerung sammeln kann.

**Auf Antrag von GR Supper beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass nach den Schlägerungen ausreichend Bäume wieder nachgepflanzt werden.**

## **14. Kanalprojekte – „Hochwasserschutz“ – zus. Linearmaßnahmen**

---

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS verweist auf einen einstimmigen Beschluss, in dem u. a. die Prüfung der Kanalsituation beim „Naherholungsgebiet“ Eisteich beschlossen wurde. Auch ist zu

klären, ob der Kanal in der Grazer Straße ausreichend für die anfallenden Oberflächenwässer ist. Im Auge zu behalten ist auch, die Wassermenge, die bei Niederschlägen vom Siebach kommt.

Bgm. Mag. Maczek wird dies mit dem zuständigen Mitarbeiter besprechen. Weiters erklärt er, dass 14 Maßnahmen entlang der Pinka umgesetzt werden – vom Beginn des Durchlassbeckens bis zum Fernheizwerk. Es gibt Sohlenvertiefungen und Anschüttungen bzw. werden auch Betonmauern mit einer Höhe zwischen 30 bis 100 cm errichtet. Auch werden neue Fischaufgänge entstehen. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt € 1,235.000,—, wobei der Gemeindeanteil € 121.000,— beträgt. Die Unterlagen dazu liegen zur Einsichtnahme im Bauamt auf.

GR Luif erkundigt sich, ob im Bereich des Fernheizwerkes auch ein Übergang über die Pinka geplant ist.

Bgm. Mag. Maczek antwortet, dass er das mit dem Wasserbauamt klären wird.

GRin Kayer fragt an, ob die Linearmaßnahmen nur den Hochwasserschutz betreffen oder auch eine Renaturierung enthalten ist.

Bgm. Mag. Maczek erwidert, dass Fischwanderhilfen und Fischaufstiege neu gemacht werden.

GR Mag. Posch möchte folgenden Antrag stellen, über den aber nicht abgestimmt wird:

Die Stadtgemeinde soll bezüglich der geplanten Linearmaßnahmen eine geführte Begehung mit Gemeinderat und interessierter Bevölkerung anbieten und durchführen.

Bgm. Mag. Maczek wird diesbezüglich mit dem zuständigen Mitarbeiter vom Wasserbauamt Kontakt aufnehmen und eine Begehung organisieren.

## **15. Förderung für das Gesundheitszentrum Pinkafeld**

---

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS möchte in Erinnerung rufen, dass dieser Punkt nach wie vor offen ist und noch darüber gesprochen werden muss.

Bgm. Mag. Maczek schlägt vor, dass die Fa. Pöll ihre Mitarbeiter in Pinkafeld anmeldet. Dann soll sie eine Unterstützung bekommen, wie alle anderen Firmen bisher auch.

## **16. Kinderspielplatz in der Turbagasse**

---

Bgm. Mag. Maczek erklärt, dass das letzte Anbot der Fa. Agropac bei rund € 30.000,— liegt und er noch bezüglich Preisnachlass verhandeln wird. Eine Beauftragung wird es noch im Frühjahr geben.

## **17. Lüftungsanlage für den Turnsaal der NMS**

---

Bgm. Mag. Maczek erklärt, dass das Verfahren beim Landesverwaltungsgericht anhängig ist und der Ausgang abgewartet werden muss.



## 18. Verwertung der ehemaligen ARAL Tankstelle

---

Bgm. Mag. Maczek antwortet, dass es einen Vorschlag gibt, die bisherige Fläche zu erhöhen und anschließend anzuschottern. Eine Asphaltierung wird vorerst finanziell nicht möglich sein. Zur Zeit werden vom Bauhofleiter aktuelle Kostenvoranschläge über die Abbrucharbeiten eingeholt. Das Gebäude wird in den nächsten Monaten geschliffen werden.

**Auf Antrag von Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass das Gebäude auf dem ehem. ARAL-OMV-Gelände bis spätestens Herbst 2018 geschliffen wird.**

## 19. Kunstrasenplatz step – Gästehäuser

---

Bgm. Mag. Maczek ist der Meinung, dass der Kunstrasenplatz eine tolle Sache ist, vorerst müssen aber noch die erforderlichen Gelder aufgestellt werden. Die Errichtung eines solchen Platzes ist nicht Aufgabe einer Gemeinde.

GR Stumpf, MA MSc erklärt, dass alle Fraktionen und darüber hinaus Vertreter vom öffentlichen Dienst und von den Bildungseinrichtungen von der Geschäftsführerin von step Gästehäuser zu einer Besprechung bezüglich Errichtung eines Kunstrasenplatzes bei der HTL eingeladen wurden. Seitens der Stadtgemeinde wäre eine konkrete Stellungnahme erforderlich. Das Projekt ist lobens- und unterstützenswert, weil es auch in den Bereich örtliches Entwicklungskonzept bzw. Stadtentwicklung geht. Für die Sport- und Bildungsstätten in Pinkafeld wäre der Kunstrasenplatz ein wesentlicher Zugewinn. Er fragt an, wie die weitere Vorgangsweise ist, und wie eine Unterstützung seitens der Stadtgemeinde aussieht.

Bgm. Mag. Maczek antwortet, dass es eine ideelle Unterstützung gibt. Allerdings muss es einen Trägerverein geben, der die damit verbundenen Aufgaben übernimmt. Der Betrieb muss gesichert sein. Eine Person muss Vorort sein, die die Benützung des Platzes organisiert und abwickelt. Man muss auch mitüberlegen, dass eventuell Lärmbelästigungen auftreten, da bis spätabends trainiert werden kann. All diese Dinge müssen in die Überlegungen und Kalkulationen einfließen.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS erklärt, dass ihm fehlt, dass seitens der Gemeinde nicht klar gesagt wird, was sie will bzw. was sie nicht will, und welche Aufgaben die anderen zu liefern haben. Wenn die step Gästehäuser ein derartiges Projekt auf die Beine stellen wollen, dann haben sie auch die Verpflichtung, gewisse Eckdaten zu bringen. Es kann nicht immer sein – und da ist er beim Bürgermeister –, dass alles immer bei der Gemeinde hängen bleibt.

GR Mag. Posch schlägt vor einen Antrag zu beschließen, dass der Gemeinderat diese Initiative der STEP Gästehäuser zur Errichtung eines Kunstrasenplatzes auf dem Gelände der Gästehäuser begrüßt, und dass die Stadtgemeinde Pinkafeld bereit, ist dieses Projekt nach kritischer Beurteilung und Maßgabe der Möglichkeiten zu unterstützen.

GRin Kayer äußert als Umweltgemeinderätin und angehende Biologin ihre Bedenken zur Errichtung eines Kunstrasenplatzes. Es kommt hier zu einer immensen Versiegelung der Bodenfläche, weil die Erde abgetragen, zubetoniert und mit Kunststoff versiegelt wird.

StR Franz weist darauf hin, dass man die Errichtung des Kunstrasenplatzes in einem Gesamtkonzept mit einer Innenstadtbelebung und einem touristisch, gewerblichen Konzept sehen muss.

GRin Kayer erklärt, dass sie einem Kunstrasenplatz dann zustimmen kann, wenn auf andere Art und Weise der Natur wieder etwas zurückgegeben wird, also dass eine biologische Ausgleichsmaßnahme erfolgt.

**Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass die Gemeinde dieses Projekt unterstützt und Möglichkeiten sucht, dass sich die Gemeinde in den nächsten Jahren an der Umsetzung beteiligt, aber gleichzeitig unter Berücksichtigung der von der Umweltgemeinderätin Kayer eingebrachten Bedenken bzw. Vorschläge.**

## **20. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung der NEOS Pinkafeld „Bewerbung um die Ernennung zur „Fairtrade-Gemeinde“**

---

GR Mag. Posch stellt folgenden Antrag:

Die Stadtgemeinde Pinkafeld bewirbt sich um die Ernennung zur „Fairtrade-Gemeinde“ und wird die dazu notwendigen Schritte ergreifen.

### **Begründung:**

„Fairtrade“ ist ein Verein zur Förderung des fairen Handels mit den Ländern des Südens. Der Verein vergibt nicht nur ein Siegel, sondern sorgt auch für die Bewerbung der Produkte und Bewusstseinsbildung.

Durch ein Engagement für den fairen Handel vor Ort können die Chancen für ein menschenwürdiges Leben weltweit gesteigert werden.

Solidarität aus den Gemeinden – in Pinkafeld können wir dazu einen Beitrag leisten – als „Fairtrade-Gemeinde“ – als Multiplikatorin des fairen Handels.

Es gilt fünf Ziele umzusetzen, die bei uns in Pinkafeld leicht machbar und erreichbar sind.

Am 12. Mai 2007 wurde Wiener Neustadt als Fairtrade-Gemeinde ausgezeichnet. Das war der Beginn einer Erfolgsgeschichte, die bis heute andauert. Knapp 200 weitere Städte und Gemeinden sollten in gerade einmal zehn Jahren dem guten Beispiel folgen. Mittlerweile gibt es kein Bundesland ohne Fairtrade-Gemeinde. Im Burgenland ist bis jetzt Stegersbach dabei.

Es wäre ein schönes Zeichen, wenn Pinkafeld als zweite Gemeinde Wegbereiter im Burgenland ist.

Darüber hinaus wäre das auch eine Anerkennung und Unterstützung jener Initiativen in unserer Stadt, die sich intensiv um das Anliegen des fairen Handels engagiert und ehrenamtlich bemühen: Der Weltladen Pinkafeld, die HLW-Pinkafeld als Fairtrade-Schule, die Missio-Schokoladeaktion in der HTL und einige andere mehr.

Für die Gemeinde fallen keine gravierenden Kosten an. Was es zunächst braucht ist ein Ansprechpartner und Koordinator seitens der Gemeinde. Ich würde mich bereit erklären, diese Aufgabe zu übernehmen.

**Auf Antrag von GR Mag. Posch beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass sich die Stadtgemeinde Pinkafeld um die Ernennung zur „Fairtrade-Gemeinde“ bewirbt und die dazu notwendigen Schritte ergreifen wird.**

GR Mag. Posch ergänzt, dass es hierfür einen Koordinator und einen Ansprechpartner von der Gemeinde braucht. Den Koordinator würde er übernehmen.

## **21. Allfälliges**

---

### **a. Workout Park im Schlosspark**

GR Mag. Kubat teilt mit, dass sich der Jugendausschuss schon zwei Mal mit dem Thema Errichtung eines Workout Parks im Schlosspark auseinandergesetzt und sich für eine Variante (Kosten € 9.960,— brutto) entschieden hat. Nach einer Begehung wurde nun auch der Standort – Höhe Kinderspielplatz, Grenze zur Landesberufsschule – festgelegt. Zu klären gilt noch die Frage des Fallschutzes. Rindenmulch wäre in der Anschaffung zwar günstiger, jedoch ergeben sich zwei Nachteile: es ist notwendig, dass die Fläche jährlich aufgefüllt wird – das bedeutet jährliche Kosten – und es gibt Probleme mit der Verschmutzung durch Tierkot. Deshalb empfiehlt der Jugendausschuss den Ankauf von Fallschutzplatten. Die Kosten belaufen sich auf ca. € 5.000,—. Die Montage der Sportgeräte erfolgt in Kooperation mit der HTL Pinkafeld und mit Anleitung des Auftragnehmers. GR Mag. Kubat ergänzt, dass nach Rücksprache mit dem Amt der Bgld. Landesregierung, Abt. 7, eine Sportförderung in der Höhe von 20 % von der Auftragssumme beantragt werden kann. Eine weitere Einnahmequelle wäre durch Sponsoring möglich.

Bgm. Mag. Maczek wird Pinkafelder Firmen dahingehend kontaktieren.

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS lobt die gute Arbeit des Jugendausschusses.

### **b. Bücherschrank in der Gemeinde**

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS übergibt Bgm. Mag. Maczek ein Protokoll über einen "Bücherschrank" von Kemetten.

### **c. Pinkafelder Teilnehmer bei den Special Olympics in Abu Dhabi**

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS teilt mit, dass eine ehemalige Kinderdorfmutter einen Jugendlichen betreut, der bei den Special Olympics in Abu Dhabi teilgenommen und einen Preis gewonnen hat. Dieser wohnt zwar in der Dornau, aber vielleicht ist es möglich, ihm eine Anerkennung zukommen zu lassen.

Bgm. Mag. Maczek sagt dem zu.

### **d. Ehrung für Dr. Dlabik Oskar**

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS teilt mit, dass der Verband der Heizung- Klima- Sanitärtechniker Oberösterreich an die Mitglieder des Gemeinderates geschrieben hat, dass eine Oskar Dlabik Büste entstehen soll. Feierlichkeiten dazu werden am 5. Oktober 2018 folgen. Der Verband bittet, dass alle Absolventen und auch die Stadtgemeinde Pinkafeld einen Beitrag leistet. Er schlägt vor, dass diese Mail allen Gemeinderatsmitglieder weitergeleitet wird.

**e. Kanalprojekt Anton Wildgans-Gasse, Abrechnung**

Vizebgm. HR Ing. Luisser, MAS verweist auf das Kanalprojekt in der Anton Wildgans-Gasse und fragt an, ob nun schon alle Rechnungen vorliegen und bittet um eine Zusammenstellung.

Er übergibt dazu eine Anfrage an den Bürgermeister.

**f. Asylanten, Fremde, Grundversorgungsunterkünfte in Pinkafeld**

GR Supper fragt an, ob der Gemeinde bekannt ist, wie viele Fremde sich in der Grundversorgung befinden bzw. wieviele Grundversorgungsunterkünfte es in Pinkafeld gibt.

Bgm. Mag. Maczek wird dies erheben lassen.

**g. Mühlbachweg, Mühlviertel – Einbahnregelung**

GR Mag. Posch führt noch einen weiteren Aspekt zur letztens in der Gemeinderatssitzung geführten Diskussion bezüglich Errichtung einer Einbahnregelung im Mühlviertel – die Errichtung des neuen Feuerwehrhauses in der Tuchmachergasse. Bitte das zu überdenken, dass der Zu- und Abfahrtsverkehr mehr werden wird.

**h. Tuchmachergasse, Wohnstraße**

GR Mag. Posch schlägt vor, die Wohnstraße in der Tuchmachergasse neu zu überdenken. Die Tuchmachergasse ist derzeit von Anbeginn weg Wohnstraße. Es wäre zu prüfen, wie weit und in welchem Umfang das mit dem Bau des neuen Feuerwehrhauses alles kompatibel ist.

StRin Mag.a Novosel erklärt, dass das Zurückversetzen der Tafel „Achtung Wohnstraße“ nicht reicht. Hier ist die Verordnung abzuändern.

**i. Busbuchten am Meierhofplatz, Bepflanzung des Grünstreifens**

GR Mag. Posch regt an, den Grünstreifen zwischen Gehsteig und Busbucht bei der HTL Pinkafeld zu bepflanzen.

**j. Osterwünsche**

GR Mag. Posch wünscht allen anwesenden Personen Frohe Ostern.

Da keine weiteren Beratungspunkte vorhanden waren, wurde die Sitzung um 22.07 Uhr geschlossen.

v.g.g.

Die Schriftführerin:

Der Bürgermeister:

ARin Martina Stecher

Mag. Kurt Maczek

GRin Mag.a Cornelia Grosinger

GRin Sigrid Hoffmann